



Deutschland.

Berlin, 23. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat vor gestern Nachmittag um halb 4 Uhr in allerhöchstem Palais dem königlichen spanischen Kammerherrn Don Miguel Tenorio de Castilla eine Privat-Audienz ertheilt und aus dessen Händen ein Schreiben seiner Souveränität entgegenommen, wodurch derselbe in der Eigenschaft eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers bei Allerhöchsteselben beglaubigt wird.

Um 3½ Uhr bewilligte Se. Majestät der König dem herzoglich braunschweigischen Geheimen Rath Dr. von Liebe eine Privat-Audienz und empfing aus dessen Händen eine auf seine Ernennung zum Minister-Ratsen am bisligen königlichen Hofe bezügliches Beglaubigungsschreiben Seiner Hoheit des Herzogs von Braunschweig.

Der königliche Bau-Inspector Ahmann zu Berlin ist zum königlichen Ober-Bau-Inspector ernannt und als solcher bei der königlichen Regierung zu Lübeck angestellt worden. — Der königliche Bau-Inspector Baesig zu Stralsund ist zum königlichen Ober-Bau-Inspector ernannt und als solcher bei der königlichen Regierung zu Cölln angestellt worden. — Der mit der commissarischen Verwaltung der Hafen-Bau-Inspectore-Stelle zu Neufahrwasser beauftragte Baumeister Schwabe ist zum königlichen Wasserbaumeister ernannt worden. — Der Ober-Regierungs-Rath Schellenberg in Wiesbaden ist in dieser Eigenschaft bei der Provinzial-Steuer-Direction in Kassel angestellt worden. — Der Kreis-Director Anz in Kaufhafen ist zum Rechts-Anwalt bei dem Kreisgericht in Cölln und zugleich zum Notar im Department des Appellationsgerichts zu Hamm, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Essen und mit der Verpflichtung ernannt worden, statt seines bisherigen Amts-Charakters fortan den Titel „Justiz-Rath“ zu führen. — Der Obergerichts-Anwalt Georg Friedrich Berthe in Aurich ist zum Notar im Bezirk des Obergerichts in Aurich, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Aurich, ernannt worden.

Se. Majestät der König hat dem Major a. D. und Geheimen Kanzlei-Rath Manché im Finanzministerium den reichen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem Kammerherrn, Rittmeister v. Warburg, und dem Geheimen Hofrat und Hofstaats-Secretair Bücker den königl. Kronenorden dritter Klasse, dem Kellellan des Schlosses Babelsberg, Theile, den königl. Kronenorden vierter Klasse, dem Geheimen Regierungs-Rath Dr. Hahn zu Berlin und dem Stalmeister Amtschäffel vom Hofstaate Ihrer Majestät der Königin-Wittwe das Kreuz der Ritter des königl. Hausordens von Hohenzollern, sowie dem Frotteur Johann Gottfried Schulze in Sanssouci, dem Leibkutscher Gathling in Potsdam und dem Kutscher Kraay in Berlin das allgemeine Ehrenzeichen verliehen; den bisherigen Ober-Steuer-Rath Schellenberg in Wiesbaden zum Ober-Regierungs-Rath und den bisherigen Ober-Finanz-Rath Neimedes in Kassel zum Regierungs-Rath; und den Kreisgerichts-Rath Plato in Mittenwalde zum Director des Kreisgerichts in Lübeck; sowie die Kreisrichter Rennst in Gräfenhain, Schlenther in Liegnitz, Lößler in Löbau und Werner in Grauden zu Kreisgerichts-Räthen ernannt; dem Hafen-Bau-Inspector Ehrenreich zu Neufahrwasser den Charakter als Baurath verliehen, und den Kaufmann H. Lunau in Panama zum Concul dafelbst ernannt.

Berlin, 25. März. [Se. Majestät der König] nahm gestern im Laufe des Vormittags die Meldung des Majors im Generalstab von der Burg, welcher sich auf seinem Posten als Militär-Attache bei der preußischen Botschaft in Paris befiebt, entgegen. Mittags machte Se. Majestät eine Spazierfahrt und erschien Abends in der Vorstellung im Opernhaus. Heute empfing Allerhöchsteselbe den Oberst v. Wartenberg, welcher die Ehre hatte, Sr. Majestät ein Schreiben Sr. Hoheit des Herzogs von Altenburg zu übergeben, nahm die Vorträge der Geheimen Räthe von Mühler und Costenoble entgegen und ertheilte Sr. Durchlaucht dem Prinzen Bernhard zu Solms-Braunfels um 1 Uhr Audienz. Nach derselben empfing Se. Majestät den Abschieds-Besuch des Fürsten von Hohenzollern königl. Hoheit nach einer Spazierfahrt und arbeitete später mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck.

Ihre Majestät die Königin ertheilte vorgestern den Bischof von Hildesheim und Osnabrück die nachgeführte Audienz. — Ihre Majestät war mit Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden in dem 12. Vortrage des wissenschaftlichen Vereins anwesend und erschien Abends mit Sr. Majestät dem Könige und sämtlichen hohen Gästen des königlichen Hofs in der Versammlung, welche eine fehlige Reiter-Quadrille zur Feier des 22. veranstaltet hatte. — Gestern wohnte Ihre Majestät die Königin mit Ihrer königl. Hoheit der Großherzogin von Baden dem Gottesdienste in der St. Marien-Kirche bei. — Heute besichtigte Ihre Majestät die Blumen-Ausstellung der Gesellschaft der Gartenfreunde Berlins und die Ausstellung des Frauen-Großen-Vereins.

Ihre königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin, in Begleitung des Prinzen Wilhelm, der Prinzessin Charlotte und der Prinzessin Victoria, begaben sich am 22. d. Mts., früh um ½ 10 Uhr, in das königliche Palais zur Beglückwünschung Sr. Majestät des Königs. Das Familien-Diner fand bei den höchsten Herrschaften statt, die sich um ½ 9 Uhr in die Soiree bei Ihrer Majestät der Königin begaben.

Bei Ihren königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin frühstückten am 23. d. M. die Großherzoglichen Herrschaften von Baden, der Herzog von Coburg, der Herzog und die Herzogin von Meiningen, Erbprinz und Erbprinzessin von Hohenzollern und fand ein kleineres Familien-Diner statt. Seine königliche Hoheit empfing die zur Conferenz hier anwesenden Aerzte und begab sich Abends mit der Frau Kronprinzessin, dem Prinzen Friedrich Wilhelm und der Prinzessin Charlotte königliche Hoheiten, zur Quadrille in die Tattersall-Bahn. — Gestern dejeunierten Se. königliche Hoheit der Fürst zu Hohenzollern, Se. Hoheit der Herzog von Coburg-Gotha, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Hohenzollern und der Erbprinz von Reuß im königlichen Palais; Se. königliche Hoheit der Großherzog von Weimar stellte einen Besuch ab. Se. königliche Hoheit der Kronprinz empfing den Geheimen Rath von Stockhausen und den Königlich belgischen Staatsminister Teich, dinierte mit Ihrer königlichen Hoheit der Kronprinzessin im königlichen Palais, stellte beiden mecklenburgischen, anhaltischen und hessischen Herrschaften Abschiedsbesuch ab und besuchte die Vorstellung im Victoria-Theater. Zum Thee waren die fürstlich hohenzollerschen Herrschaften im königlichen Palais.

(St.-A.)

Das Staatsministerium trat heute Mittag 1 Uhr im Ministerium des Auswärtigen zu einer Sitzung zusammen.

[Ernennungen.] Wie hiesige Zeitungen hören ist die Ernennung des Herrn v. Bernuth zum Regierungs-Präsidenten von Köln und des Herrn v. Wurm zum Polizei-Präsidenten von Berlin bereits erfolgt. — Der Geheimen Kanzleirath Friedrich, Vorsteher des Präsidial-Bureaus des hiesigen k. Polizei-Präsidiums, hat nach einer 52jährigen Dienstzeit seine Versetzung in den Ruhestand nachgesucht.

Die Wahl des Geh. Regierungs-Rathes Kieschke im Handelsministerium zum ersten Bürgermeister von Königsberg hat die königliche Bestätigung erhalten, und es ist demselben zugleich der Charakter als Ober-Bürgermeister verliehen worden. (Morgen giebt der Ministerial-Director Delbrück dem Oberbürgermeister ein Abschiedsdiner.)

[Fraktionen-Versammlungen.] Heute Vormittag hielten vier Fraktionen des Reichstags Sitzungen und berieteten die auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung gestellten drei Abschnitte der Verfassung nebst den dazu bis jetzt gestellten Amendements. Die Linke beschäftigte sich namentlich mit der Frage der Minister-Berantwortlichkeit, ebenso auch die Fraktion der Nationalen. In beiden Fraktionen werden auch ferner hierauf bezügliche Anträge vorbereitet; man konnte jedoch noch nicht schließen werden und werden die Beratungen heute Abend fortgesetzt werden. Den Beratungen der Fraktion der National-Liberalen wohnt auch der Abgeordnete Max v. Jordenbech bei.

Die Fraktion des Centrums wird erst heute Abend über denselben Gegenstand in Beratung treten.

Die Fraktion der frei-conservativen Vereinigung beschloß, wie wir hören, zu Abschnitt III. sämtliche vorliegenden Amendements abzulehnen, dagegen in Abschnitt IV. dem von dem Abg. Dr. Lette und Genossen zu Artikel 11 gestellten Antrage: hinter die Worte „die Zustimmung des Bundesrates“ einzufügen: „und zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung des Reichstags“ zu stimmen.

Hierauf ging die Versammlung zur Beratung des Abschnitts V. und zwar des Artikels 21, betreffend die Wahlbarkeit der Beamten, über. (N. A. 3.)

[Geschäftsordnung.] Die Abg. Ausfeld, Dr. Beder und Genossen hatten bekanntlich in der 18. Sitzung des Reichstages einen auf den Art. 49 der Geschäftsordnung bezüglichen Antrag gestellt, in Betref des Art. 21 v. Ururk (Magdeburg) von dem Präsidenten zum Referenten ernannt wurde. Derselbe hat jetzt Bericht erstattet und stellt folgenden Antrag:

„Der Reichstag wolle beschließen: dem Antrage von Bouneb und Genossen, zu § 49 der Geschäftsordnung des Reichstages folgenden Zusatz zu zählen: Ist ein Mitglied des Reichstages, welches ein Amtendement beantragt hat, bei der Beratung des Gegenstandes nicht zum Worte gelangt, so erhält dasselbe nach dem Schluß der Discussion das Wort auf fünf Minuten, worauf ein anderes Mitglied fünf Minuten dagegen sprechen kann, die Zustimmung zu ertheilen.“

Der Antrag wird im Plenum durch die Schlussberatung erledigt werden. (N. A. 3.)

[Dementi.] Verschiedenen Blättern war telegraphiert worden, „daß mit den Südstaaten bereits eine Einigung über die künftige Bundesakte erzielt sei“. Die offizielle „Karlst. Ztg.“ erklärt diese Nachricht für falsch und sagt, es hätten irgend welche Unterhandlungen dieser Art überhaupt noch nicht stattgefunden.

[Über eine beabsichtigte Rückzahlung der freiwilligen schleswig-holsteinischen Auleihe] aus dem Jahre 1864 heißt die „Ab. B.“ Folgendes mit: Der Erbprinz Friedrich hat mehrere Herren erucht (es gehörten dazu Professor Rabit in Kiel, Kaufmann Lorenzen in Altona u. A.), Vorschläge über Rückzahlung der 250,000 Thlr. betragenden Auleihe, entsprechend den vorhandenen Mitteln“, zu machen. Das ist geschehen. In diesen Vorschlägen ist darauf hingewiesen, daß eine Rückstattung oder Bezahlung der seiner Zeit von der preußischen Regierung weggenommenen, von der Auleihe bezahlten und für die zu schaffende schleswig-holsteinische Armee bestimmten Militärgegenstände u. s. w. notwendig sei. Bevor ein Entschied von betreffender Stelle in Berlin eingegangen ist, kann natürlich nichts weiter geschehen.

○ Berlin, 25. März. [Die städtische Verfassung für Frankfurt. — Die Luxemburger Frage. — Die Organisation Hannovers. — Die Illumination des österreichischen Gesandtschaftshotels.] In nächster Zeit wird die städtische Verfassung für Frankfurt eilassen werden. Nach den Andeutungen, welche man in unterrichteten Kreisen darüber hört, dürfte dabei in Bezug auf die Wahlen der städtischen Beamten der Grundsatz gelten, daß der erste Bürgermeister durch den König aus drei präsentirten Candidaten bezeichnet wird; der zweite Bürgermeister würde dann unter Vorbehalt der königlichen Bestätigung gewählt werden; die übrigen Magistratsbeamten würden aber von der städtischen Vertretung ohne Conkurrenz oder Bestätigung der Regierung zu wählen sein. In diesen Grundzügen findet man eine Ausführung des Systems, welches Graf Eulenburg in der vorjährigen Landtagssession in Beziehung auf die Stellung der städtischen Beamten zur Regierung angekündigt hat. Es ist dies also gewissermaßen ein Experiment auf der Bahn der damals vom Minister angekündigten Normen. — Ueber den Stand der Luxemburger Frage finden sich in den verschiedenen Zeitungen die mannigfachsten und einander oft geradezu widerstreitenden Nachrichten; hier ist Näheres über dieselbe gar nicht bekannt. Allerdings unterhält man sich in allen Kreisen von derselben, und man will überall von Unterhandlungen wissen, welche zwischen Frankreich und Holland in Betref Luxemburgs schwelen sollen; welcher Art dieselben aber sind, sowie über ihren Stand oder den Erfolg, den sie bis jetzt gehabt, weiß man nirgends auch nur das Geringsste. — Obwohl durch die Erklärung des Grafen Bismarck alle Nachrichten einander widersprechen; hier ist Näheres über dieselbe gar nicht bekannt. Allerdings unterhält man sich in allen Kreisen von derselben, und man will überall von Unterhandlungen wissen, welche zwischen Frankreich und Holland in Betref Luxemburgs schwelen sollen; welcher Art dieselben aber sind, sowie über ihren Stand oder den Erfolg, den sie bis jetzt gehabt, weiß man nirgends auch nur das Geringsste. — Obwohl durch die Erklärung des Grafen Bismarck alle Nachrichten einander widersprechen; hier ist Näheres über dieselbe gar nicht bekannt. Allerdings unterhält man sich in allen Kreisen von derselben, und man will überall von Unterhandlungen wissen, welche zwischen Frankreich und Holland in Betref Luxemburgs schwelen sollen; welcher Art dieselben aber sind, sowie über ihren Stand oder den Erfolg, den sie bis jetzt gehabt, weiß man nirgends auch nur das Geringsste.

Zum Beispiel wird, daß das erzielte Resultat kein befriedigendes zu nennen sei. — Sämtliche Blätter Schleswig-Holsteins von gestern und heute sind mit detaillirten Berichten über die vorgebrachten Festlichkeiten zu Ehren des Geburtstags Sr. Maj. des Königs angefüllt. Ueberall hat das Fest einen würdigen Verlauf genommen. Nur auf der holsteinischen Eisenbahnhauptstation Pinneberg suchte ein exaltirter Augustenburger die gemütliche Tafelstimmung zu stören, allein es ist zu kontrollieren, daß selbst die „Kiel. Ztg.“ das entsprechende Gebräu bedauert und rügt.

Hadersleben, 20. März. [Militärisches.] Die „Fl. N. Z.“ meldet:

Wie verlautet, ist die Ordre hier angelangt, die jungen Leute, die sich nach Dänemark begeben haben, um nicht als preußische Soldaten zu dienen und die nach der statthaften Aushebung wieder hierher gekommen sind, binnen 24 Stunden in ihre neue Heimat zu versetzen.

München, 23. März. [Bezüglich der Ministerfrage] ist eine Entscheidung allerhöchsten Ortes bis jetzt noch nicht erfolgt, man glaubt aber, daß dies nunmehr in den nächsten Tagen geschehen werde. Vielleicht ist es nicht ohne Bedeutung, daß der Staatsminister der Justiz, Dr. Romberg, heute nicht mehr in der Kammer der Abgeordneten erschien und sich deshalb, er ist ja auch Kammermitglied, beim Präsidium schriftlich entschuldigt.

○ Preußen.

** Wien, 24. März. [Die preußischen Schuß- und Truppentruppen. — Zur orientalischen Frage. — Die Auswanderung der Österreicher aus Mexico und Ungarn. — Die Landtagswahlen.] Die Diplomatie legt einen englischen Bericht daran, die Welt zu überzeugen, daß die Allianzverträge Preußens mit Städteutschland in Paris und Wien längst bekannt waren, ehe sie im Berliner „Staatskanzler“ veröffentlicht wurden. Was sich dabei naturnlich Minister Rouher denkt, ist unbekannt, da eine solche Kenntnis seine Behauptung, daß der Krieg den deutschen Bund in drei Torsos zerstört habe, die auf das Wohlwollen Frankreichs angewiesen wären, zur offenen Lüge stempeln müßte. Aber auch unsere Wiener Offiziere beharren dabei, daß jene Documente schon vor dem Amtsantritt des Baron Beust, ihrem vollen Wortlauten nach, dem hiesigen auswärtigen Amt bekannt gewesen seien. Desgleichen muß dem Baron Werther viel daran liegen, zu constatiren, daß er bereits am 15. Abends dem Baron Beust die betreffenden Aktenstücke vorgelegt: denn als dies Factum, nachdem die „Wien. Abp.“ es mitgetheilt, angezweifelt wurde, geschah es auf den äußerdärflichen Wunsch des hiesigen preuß. Gesandten, daß die skeptischen Journale zu einem Widerrufe vermocht würden. Was bei diesem Streite eigentlich herauschaut, nachdem sich doch nicht das allein entscheidende Moment abstreiten läßt, daß die Mainline bereits zerstört war, als Frankreich und Österreich sie am 23. August im Prager Frieden stipulirten, ist mir eben so unklar, als inwiefern eine Verhüttung darin liegen soll, wenn Baron Werther hier versichert, ein Vertrag, der sich selber ein

Gesandten unangenehm sein und Unannehmlichkeiten bereiten müßten. (Berl. die offiziöse telegr. Dep. im Morgenbl. D. Ned.)

Gumbinnen, 23. März. [Über eine ganz eigenhümliche Presseverfolgung] berichtet der Gumbinner „Bürger- und Bauernfreund“ in Folgendem: Die Nr. 44 unseres Blattes ist beschlagen worden, weil die Staatsanwaltschaft Beleidigung des Abgeordnetenhauses in derselben fand. Zur Erhebung der Anklage bedarf es der Genehmigung des Hauses. Diese wurde nicht ertheilt, weil keine Beleidigung darin gefunden wurde. Dennoch hat die Staatsanwaltschaft gegen die Verleger Anklage erbohrt und solche auf § 35 des Gesetzes über die Presse gegründet. Hier ist vorgeschrieben, daß der Verleger einer Druckschrift wegen des strafbaren Inhalts derselben einer Geldstrafe unterliegt, wenn er bei seiner ersten gerichtlichen Vernehmung den Verfasser nicht nachweist. Am 30. d. M. steht Termin zur Verhandlung dieser Anklage an und es wird dann entschieden werden, ob dasjenige strafbar ist, was nicht bekräftigt werden darf.

Hannover, 23. März. [Ein Artillerist.] Aus Ahlden wird berichtet: Ein Artillerist der hannoverschen Armee hatte sich nach der Schlacht bei Langensalza nach Wien begeben, um in der Umgebung des Königs Georg zu bleiben. Vor Kurzem hat derselbe von Sr. Majestät 30 Fl. Reisegeld erhalten zum Zweck seiner Rückreise in die Heimat, und nachdem er hier angekommen, ist er gleich darauf in die preußische Armee eingetreten. (Walz. W.)

Hannover, 23. März. [Bei der am Mittwoch stattgefundenen Freiwilligen-Prüfung] sind wiederum sehr mäßige Ansprüche von der Commission gemacht, so daß nur sehr vereinzelt Fälle von Zurückweisungen vorkamen. Einige Examinierte blieben aber auch auffällig hinter den niedrigsten Erwartungen zurück; so z. B. wußte ein Examiniert weder die Landdrosteien von Hannover anzugeben, noch wollte derselbe, trotzdem man ihm längere Zeit zur Fassung gelassen, von einer Kantoneintheilung der Schweiz etwas wissen. (Hn. A.)

Bremen, 22. März. [Excesse.] Die „Brem. Ztg.“ schreibt: Gestern Abend sammelte sich nach der Veröffentlichung des Ergebnisses der Abstimmung über Hrn. v. Schweizer und Hrn. Gneist ein großer Volksaufstand vor dem Druckerei-Locale der „Brem. Zeitung“, allerlei Drohungen austostend. Sobald die Ruhestörung durch das Einschlagen einer großen Fensterscheibe begann, griff die in der Nähe stationirte Polizei und hierher beordnete Gendarmerie rasch ein und machte von den Waffen Gebrauch, verhaftete einige Ruhestörer und trieb die andern auseinander. Einigmal wiederholten sich derartige Szenen, bis es endlich der Polizei gelang, die Ruhe vollständig wieder herzustellen.

△ Hamburg, 24. März. [Schmückung von Gräbern. — Preßprocesse. — Verschiedenes aus den Herzogthümern.] Die Mitglieder der in Hamburg und Altona bestehenden Vereine Schleswig-Holsteinschen Kampfgenossen haben heute, als am 19. Jahresstage der schleswig-holsteinischen Erhebung im Jahre 1848, die Gräber der in Altona bestatteten deutschen Gefallenen aus dem ersten deutsch-dänischen Kriege (1848—50) würdig gemacht. — Der Staatsanwalt hat gegen den Herausgeber des Hamb. Volksblattes: „Die Reform“, Herrn J. F. Richter, wegen vermeindlicher Schmähungen des Senats und verschiedener Bebeden anlässlich der Parlamentswahl eine vierwochentliche Gefängnisstrafe sowie die Verurtheilung in die Proceßkosten beantragt. Zum Ferner ist wegen mehrerer Wählerversammlungen gemachter injurioser Anfeuerungen über die höchsten Behörden Hamburgs gegen das Mitglied der „Bürgerstadt“, Schneidermeister Blum, eine polizeiliche Verurtheilung eingeleitet worden, trotzdem Herr B. auf Grund seines in der Versammlung sofort geschehenen Widerrufes der incriminierten Anfeuerungen gegen die Anlage protestirt. — Bereits seit längerer Zeit circuliert in verschiedenen Blättern das Gericht von einer allgemeinen Collecte zu Gunsten der augustenburgischen Parlaments-Abgeordneten. Die Sache, so sieht sie auch bestehend, muß, da sämtliche 7 „liberale“ Repräsentanten der Herzogthümer im norddeutschen Parlament nicht allein nicht unbekannt, sondern sogar überwiegend mit Glücksäulen gegeben sind, und da man bei diesen „Patrioten“ billiger Weise eine freiwillige Beiziehung auf jegliche Geld-Entschädigung für ihre parlamentarische Thätigkeit voraussetzen sollte, verhält sich inzwischen in der That so. Beispieleweise wird aus der südböhmischem Botschaft Marne über eine Sammlung zu Gunsten des Abgeordneten von Wartburg geschrieben, jedoch hinzugefügt, daß das erzielte Resultat kein befriedigendes zu nennen sei. — Sämtliche Blätter Schleswig-Holsteins von gestern und heute sind mit detaillirten Berichten über die vorgebrachten Festlichkeiten zu Ehren des Geburtstags Sr. Maj. des Königs angefüllt. Ueberall hat das Fest einen würdigen Verlauf genommen. Nur auf der holsteinischen Eisenbahnhauptstation Pinneberg suchte ein exaltirter Augustenburger die gemütliche Tafelstimmung zu stören, allein es

Schutz- und Trutzbündnis nennt, habe lediglich eine defensive Bedeutung. Nun, von Seiten Preußens mag dies Vorgehen eine einfache Artigkeit an unsere Adresse sein. Österreich aber wird durch diesen Zwischenfall nicht blos darüber aufgelaßt, daß der Liebe Nähe umsonst wäre, wenn es heute noch daran denken wollte, Süddeutschland unter seine Hegemonie zu bringen; es wird sich jetzt auch entschließen müssen, wie es sich bei etwaigen Verwicklungen zwischen Preußen und Frankreich verhalten will. Zwar halte ich es für übertrieben, daß der Moustier bereits den Wunsch ausgesprochen haben soll, Österreich möge sich mit Frankreich zu einem Proteste gegen jene Tractate vereinigen. So weit sind wir wohl noch lange nicht! Trotzdem wäre es höchst bezeichnend, wenn gerade jetzt — wie in gutunterrichteten Kreisen versichert wird — wirklich der Herzog von Grammont auf seinem hiesigen Gesandtschaftsposten durch den General Fleury erzeigt werden sollte, der nach der Schlacht von Solferino von Napoleon ausgelöscht wurde, um in's österreichische Hauptquartier zu gehen und den Kaiser Franz Joseph zu der Zusammensetzung von Villafranca durch sein ungemein geschmeidiges und einschmeichelndes Wesen zu bewegen. Complicirt muß die Situation und beschleunigt die Krisis noch durch das Darcinspielen der orientalischen Frage werden. Indessen an wie kühne Seitenprüfung uns Baron Beust auch bereits gewöhnt hat, kann und mag ich doch an die bloße Möglichkeit eines Versuches, Österreich auf die Seite Napoleons gegen Deutschland zu bringen, nicht glauben, ehe mir nicht ein unverdächtiger Beweis dafür geboten wird. Ein Correctiv gegen die bedenkliche Neigung des Ministers, mit dem Rajah auf der Balkanhalbinsel zu coquetieren, bildet übrigens jetzt auch schon die Haltung des ungarischen Cabinets, welches — um seiner Croaten und Serben willen — gar kein Interesse daran hat, Österreich mit den Südländern der Türkei Nationalitätenkunststücke aufführen zu sehen. Letzteres hat auch Graf Andrássy dem Baron Beust bei dessen Aufenthalte in Pest bereits erklärt.

Einstweilen treffen wir unsere Vorkehrungen, um die Suppe auszusuchen, die uns unsere Freundschaft für Napoleon in Mexico eingebrockt. Marshall Bazaine fordert ja die Mexicaner mit einer naiven Ungehirtheit förmlich auf, daß Kaiserreich abzuschaffen, sobald er sich eingeschifft hat. Da müssen denn auch wir daran denken, für unsere armen Brüder von Legionären in Triest Quarantaine-Anstalten gegen die Einschleppung des gelben Fiebers zu trennen, sowie Kleider für diese verlorenen Söhne anzuschaffen, da die Uniformen der Heimkehrenden — wie es in einer offiziellen an das Grazer General-Commando ergangenen Weisung heißt — sich „in äußerst schadhaftem Zustande“ befinden werden. Ein näher liegendes Gegenstück zu dieser Einwanderung bildet die Auswanderung der „schwäbischen“ Beamten aus Ungarn, die in verzweifelten Zeitungs-Inseraten erklären, daß unter ihnen jetzt durch diese Behandlung „Candidaten für das Freihaus und den Selbstmord in Massen“ recruiert werden. Das einzige tröstliche Pendant dazu liefert die Energie und Disciplin, mit der die Deutschen in Böhmen in den Städten sich an den Landtagswahlen beteiligen. Selbst Kranke und Greise erscheinen in Tragbahnen im Wahllokal — und der Erfolg ist denn auch bereits sichtbar genug in der That, daß selbst in Prag zur Hälfte deutsche Deputirte gewählt sind.

* Breslau, 25. März. [Arbeiter-Berein.] Nachdem Dr. Scheil als Vorsitzender die am Sonnabend stattgehabte Versammlung eröffnet hatte, begründete Dr. Louis Cohn die Resolution in Betreff Kirchmanns (S. das gestr. Mittagbl.), indem er sagte, § 20 der preußischen Verfassung lautet: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.“ Dennoch sei Dr. v. Kirchmann wegen eines in Berlin gehaltenen wissenschaftlichen Vortrages seines Amtes entfeiert worden. Ueber die Verurtheilung wolle er nicht sprechen, aber es sei Pflicht, daß man gerade in dieser Zeit des Kampfes für Recht und Freiheit eines der besten und bewährtesten Männer, welcher länger als 20 Jahre für die Sache des Volkes mitgekämpft habe, nicht vergesse. Mögen die Reichstagsdeputirten lernen, daß das Volk seine wahren und aufrichtigen Vertreter kennt und ihrer auch in trüben Tagen eingedenkt bleibt. Hierzu bemerkte Dr. Scheil, der Verein möge aussprechen, er glaube, daß die Resolution im Sinne aller freimüttigen Wähler Breslaus wie der gleichgesinnten Bevölkerung gefaßt sei. Die Versammlung erklärte sich demnächst sowohl mit der Resolution als mit der Ausführung des Vorsitzenden einverstanden.

Hierauf gab Dr. Ad. Weiß eine politische Rundschau, welche die neuesten Vorfälle in Frankreich, Italien, Spanien, Österreich und Deutschland berührte. Dr. Kolbe machte auf die Unabhängigkeitsverträge zwischen Preußen und den Südstaaten aufmerksam. Dr. Redakteur Dumas ergänzte die Rundschau nach verschiedenen Seiten hin, dabei besonders hervorhebend, wie dunkel und ungewiß die Zustände überall sind. Darin findet Redakteur den Beweis, daß die bewegende Kraft nicht im Volke, sondern anderwärts liegt. Dr. Hoffmeyer bemerkte, er habe schon vor den Wahlen vom Reichstag wenig erwartet, sei aber jetzt noch mehr enttäuscht. Gegenwärtig hätte die Regierung dem Reichstage vielleicht nachgegeben, später würde die Verfassung sich nicht so leicht andern lassen. Einem besseren Gebrauch von dem allgemeinen Wahlrecht dürfe man erst dann erwarten, wenn mehr Ausklärung und Bildung im Volke verbreitet sein werden, und darin dürfe Niemand ermüden. Auf eine Anfrage, ob die preußische Landesverfassung durch die neue Bundesverfassung in Frage gestellt sei, erwiderte Dr. Hoffmeyer, er glaube, daß die Specialvertretungen dem allgemeinen deutschen Parlament gegenüber allerdings an Bedeutung verlieren werden; demnächst aber werde der Reichstag bei der Berathung über den Abschnitt vom Militärbudget das preußische Budgetrecht zu wahren haben. Nachdem Dr. Scheil das „Schles. Morgenbl.“ nochmals als Organ des Arbeitervereins proclamirt hatte, wurde die Befreiung am Breslauer Comptoirverein dringend empfohlen. Letzterer wird am 1. April eine neue Commandite für die Nikolaivorstadt errichten. Darauf schlug Dr. Weiß eine Resolution vor, welche die in den öffentlichen Blättern erwähnte Neuordnung des Dr. v. Schweizer bei seiner Candidatur in Elberfeld, wie die Haltung des von demselben redigierten „Social-Demokraten“ energisch missbilligt. Auf Antrag des Dr. v. Schweizer vertrat man die Beschlusnahme, bis nähere Nachrichten eingegangen seien werden. Der Entwurf der Resolution lautet:

Der Breslauer Arbeiter-Berein hält es für seine Pflicht, gegenüber den Neuordnungen des Dr. v. Schweizer in Elberfeld und Barmen zu erklären, daß es

- 1) ein ungünstlicher und bedauernswürdiger Gedanke ist, von Seiten der Reaction Heil und Hilfe für die Arbeiter zu erwarten — daß im Gegenteil einzig und allein nur unter der Fahne der Demokratie und des unablässigen Fortschrittes eine Lösung der sozialen Frage möglich ist;
- 2) daß dergleichen brutale Drohungen, wie sie Dr. v. Schweizer gegen die Arbeitgeber und alle, die nicht für ihn stimmen wollten, ausgestossen, verabscheuenswürdig und schamvoll sind; daß im Gegenteil Ordnungssinn und Besonnenheit der Leitstern der demokratischen Arbeiter sein müssen;
- 3) daß Dr. v. Schweizer und sein Organ, der „Social-Demokrat“ in der treulosesten Weise den gesunden Sinn des Volkes, besonders der Arbeiter zu ergreifen trachten und den Namen der Demokratie in der gemeinsten Weise brandmarken;
- 4) daß es Pflicht aller Arbeiter ist, mögen sie den Principien Schulzes oder Lassalles huldigen, sich in gleicher Weise gegenüber derartigen Verführungsversuchen und Korruptionsversuchen auszusprechen.

Schließlich las Dr. Rasch einen Aufsatz vor, in dem er die Errichtung von Arbeiter-Colonien befürwortete.

Breslau, 26. März. [Polizeiliche S.] Gestohlen wurden: Michaelisstraße Nr. 5 acht Paar Täuben und eine junge graue Küzze. Tauenzenstraße Nr. 7 2 Flaschen Champagner und 3 Flaschen Bitterwasser. Auf dem Neumarkt einem Kinde ein Korb, in welchem sich Brot und einige Stücke Fleisch befanden, angeblich durch eine unbekannte Frauensperson, welche sich zu dem Kinde gesellt und dasselbe mit einem Auftrage in einen Speicereladen geschickt hatte, während dieser Zeit aber mit dem an sich genommenen Korb verschwand. Neue Tauenzenstraße 70 1 Radwer. Matthiasstraße 30 1 Hahn und 7 Hähner.

Verloren wurde eine Granatenbüchse. Unglücksfall! Am 22. d. M. Nachmittags wurde auf der Ohlauer Straße eine Militär-Person von einer Drosche zu Boden gerissen und überfahren. Dieselbe erlitt hierbei mehrere nicht ganz unerhebliche Beschädigungen namentlich am Hinterkopf und im Gesicht.

Angekommen: v. Colom, Oberst und Brigade-Command., aus Potsdam; Excellenz v. Lützow, Generalleut. a. D. und Rittergutsb., aus Bantwitz. (Fremdenbl.)

N. Liegnitz, 25. März. [Abschiedsfest.] Vergangenen Sonnabend hatten Freunde und Parteigenossen unseres Reichstags-Abgeordneten Herrn Kreisgerichts-Rath Ahmann im Saale des Gasthofes zum Rautenstranz ein Abschiedsfest arrangirt, das sich zahlreicher Theilnahme erfreute. Nach Abstimmung eines eigens zu diesem Zweck von C. Nissel gedichteten Liedes hielt Herr Dr. Jänsch eine finnige Ansprache an den Gefeierten und überreichte am Schluß demselben einen eben so schön als sinnreich ausgeführten silbernen Lorbeerzweig als Erinnerungszeichen an seine Freunde und Parteigenossen. Sichtlich ergripen sprach Herr Ahmann seinen Dank und das Gelebnis, nach wie vor ein treuer Genosse der großen liberalen Partei zu bleiben. Nach einem gleichfalls von C. Nissel auf das deutsche Parlament gedichteten Liede brachte Herr Silberwarenfabrikant Köhler einen Toast auf das deutsche Parlament aus, der beifällig aufgenommen wurde. Das Fest verließ in den schönsten Weise. Bereits Montag vorher hatte sich Herr Ahmann von dem Handwerker-Vereine, dessen Vorsitzender er gewesen, verabschiedet.

+ Hirschberg, 25. März. [Garnisonfrage.] Nicht 7—8 Hausbesitzer haben sich, wie in Nr. 141 der „Breslauer Zeitung“ aus Hirschberg referirt worden ist, für die Aufnahme zweier Bataillone nebst Stab des Inf. 38. Fuß-Regiments in Garnison hierher erklart, sondern nahe an 40 Hausbesitzer, wenn die städtische Bevölkerung die verlangten Garnison-Einrichtungen beschaffen kann, und nur 6 Hausbesitzer erblieben in zwei Bataillonen eine Ueberfüllung des Grundbesitzes. Die geforderten Garnison-Einrichtungen hat Magistrat bereits heute offerirt, und sobald die Stadtverordneten-Versammlung sich über den Mietspreis der Fläche für den beantragten Bereich Platz entschieden haben wird, was noch im Laufe dieser Woche geschehen soll, dürfte dann die Antwort hinsichtlich der Übernahme zweier Bataillone mit Stab bald hiervortreffend.

S. W. Nicolai, 25. März. [Explosion.] Vor Kurzem ereignete sich in der hiesigen Strohpapierfabrik ein beispielloses Unglück. Es explodierte nämlich darin der Siedeleifel und zwar mit einer solchen Gewalt, daß er zwei ihm umgebende Umfassungsmauern niedermärs und die mächtigen Stüle bis in die Entfernung von 15 Fuß hinaus geschleudert wurden. Zum Glück ist kein Menschenleben bei diesem Unfälle zu beklagen, nur erlitten einige Arbeiter bald größere, bald geringere Verletzungen.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Uhr in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Raumtemperatur.	Barometer.	Aufst. Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 25. März 10 U. Ab.	322 61	+3,6	S. I.	Heiter.
26. März 6 U. Mrg.	332,04	+2,0	S. I.	Heiter, Reif.
Breslau, 26. März. [Wasserstand.] O. B. 16 F. 10 B. U. B. 3 F. 7 B.				

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

London, 25. März, Nachts. Überhaussitzung. Stanley Leuguet das angebliche Eintreffen unfreundlicher Seward'scher Depeschen betrifft der Alabamafrage ab. Im Unterhause beantragt Disraeli ohne jede Erklärung die zweite Lesung der Reformbill. Gladstone opponirt der Lesung, wosfern die Regierung keine weitgehenden Zugeständnisse mache. (Wolfs L. B.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 25. März, Nachm. 3 Uhr. Die Haltung der Börse war ziemlich fest. Die 3% hob sich von 69, 02½ auf schließlich 69, 05. Consols von Mittags 1 Uhr waren 91½ gemeldet. — Schluss-Course: 3proc. Rente 69, 05. Italien, 5 proc. Rente 54, 15. 3proc. Spanier —. 1proc. Spanier —. — Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktion 411, 25. Credit-Mobil-Aktion 466, 25. Lombard. Eisenbahn-Aktion 413, 75. Oesterr. Anl. von 1865 pr. opt. 328, 75. 3proc. Ber. St.-Anl. von 1882 (ungef.) 84%.

Triest, 25. März, Mittags. Der fällige Stoddampfer „Austria“ ist mit der östindischen Überlandspost heute Vormittag aus Alexandria hier eingetroffen.

Wien, 25. März. Wegen des katholischen Feiertages keine Börse. [Privatverkehr.] Staatsbahn animirt. Credit-Aktion 182, 90, Staatsbahn 210, — 1860er Loose 85, 60, 1864er Loose 78, 95, Napoleon'sd'or 10, 33, steuerf. Anlehen 61, 70, Anglo-Italien Bank 95, —.

Frankfurt a. M., 25. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluss-Course: Preuß. Kaschenscheine 105%. Berliner Wechsel 105%. Hamburger Wechsel 88%. Londoner Wechsel 119%. Pariser Wechsel 94%. Wiener Wechsel 91%. Finnland. Anleihe 83%. Neue Finn. 4½% Pfandbriefe 84, 6%. Verein. Staaten-Anl. von 1882 77%. Oesterr. Banke-Anteile 674. Oesterr. Credit-Aktion 168. Darmstädter Banknoten 205. Meiningen Credit-Aktion —. Oesterr.-Franz.-Staats-Eisenbahn-Aktion —. Oesterr. Elisabeth-Bahn —. Böhmischa Bahn —. Weine-Nahbahn —. Ludwigshafen-Bahn 154%. Hessische Ludwigsbahn 132%. Darmst. Bettelbahn —. Oesterr. 5% steuerf. Anl. 48%, 1854er Loose —. 1860er Loose 67%. 1864er Loose 72%. Badische Loose 53%. Kurhessische Loose 54%. 5% oesterr. Anleihe von 1859 61%. Oesterr. Nat. Anl. 53%. 5% Metalliques 46. 4½% Metall. 39%. Bayerische Prämien-Anl. 99½%.

Fest. Dr. Kolbe machte auf die Unabhängigkeitsverträge zwischen Preußen und den Südstaaten aufmerksam. Dr. Redakteur Dumas ergänzte die Rundschau nach verschiedenen Seiten hin, dabei besonders hervorhebend, wie dunkel und ungewiß die Zustände überall sind. Darin findet Redakteur den Beweis, daß die bewegende Kraft nicht im Volke, sondern anderwärts liegt. Dr. Hoffmeyer bemerkte, er habe schon vor den Wahlen vom Reichstag wenig erwartet, sei aber jetzt noch mehr enttäuscht. Gegenwärtig hätte die Regierung dem Reichstage vielleicht nachgegeben, später würde die Verfassung sich nicht so leicht andern lassen. Einem besseren Gebrauch von dem allgemeinen Wahlrecht dürfe man erst dann erwarten, wenn mehr Ausklärung und Bildung im Volke verbreitet sein werden, und darin dürfe Niemand ermüden. Auf eine Anfrage, ob die preußische Landesverfassung durch die neue Bundesverfassung in Frage gestellt sei, erwiderte Dr. Hoffmeyer, er glaube, daß die Specialvertretungen dem allgemeinen deutschen Parlament gegenüber allerdings an Bedeutung verlieren werden; demnächst aber werde der Reichstag bei der Berathung über den Abschnitt vom Militärbudget das preußische Budgetrecht zu wahren haben. Nachdem Dr. Scheil das „Schles. Morgenbl.“ nochmals als Organ des Arbeitervereins proclamirt hatte, wurde die Befreiung am Breslauer Comptoirverein dringend empfohlen. Letzterer wird am 1. April eine neue Commandite für die Nikolaivorstadt errichten. Darauf schlug Dr. Weiß eine Resolution vor, welche die in den öffentlichen Blättern erwähnte Neuordnung des Dr. v. Schweizer bei seiner Candidatur in Elberfeld, wie die Haltung des von demselben redigierten „Social-Demokraten“ energisch missbilligt. Auf Antrag des Dr. v. Schweizer vertrat man die Beschlusnahme, bis nähere Nachrichten eingegangen seien werden. Der Entwurf der Resolution lautet:

Der Breslauer Arbeiter-Berein hält es für seine Pflicht, gegenüber den Neuordnungen des Dr. v. Schweizer in Elberfeld und Barmen zu erklären, daß es

- 1) ein ungünstiger und bedauernswürdiger Gedanke ist, von Seiten der Reaction Heil und Hilfe für die Arbeiter zu erwarten — daß im Gegenteil einzig und allein nur unter der Fahne der Demokratie und des unablässigen Fortschrittes eine Lösung der sozialen Frage möglich ist;
- 2) daß dergleichen brutale Drohungen, wie sie Dr. v. Schweizer gegen die Arbeitgeber und alle, die nicht für ihn stimmen wollten, ausgestossen, verabscheuenswürdig und schamvoll sind; daß im Gegenteil Ordnungssinn und Besonnenheit der Leitstern der demokratischen Arbeiter sein müssen;
- 3) daß Dr. v. Schweizer und sein Organ, der „Social-Demokrat“ in der treulosesten Weise den gesunden Sinn des Volkes, besonders der Arbeiter zu ergreifen trachten und den Namen der Demokratie in der gemeinsten Weise brandmarken;
- 4) daß es Pflicht aller Arbeiter ist, mögen sie den Principien Schulzes oder Lassalles huldigen, sich in gleicher Weise gegenüber derartigen Verführungsversuchen und Korruptionsversuchen auszusprechen.

Schließlich las Dr. Rasch einen Aufsatz vor, in dem er die Errichtung von Arbeiter-Colonien befürwortete.

Breslau, 26. März. [Polizeiliche S.] Gestohlen wurden: Michaelisstraße Nr. 5 acht Paar Täuben und eine junge graue Küzze. Tauenzenstraße Nr. 7 2 Flaschen Champagner und 3 Flaschen Bitterwasser. Auf dem Neumarkt einem Kinde ein Korb, in welchem sich Brot und einige Stücke Fleisch befanden, angeblich durch eine unbekannte Frauensperson, welche sich zu dem Kinde gesellt und dasselbe mit einem Auftrage in einen Speicereladen geschickt hatte, während dieser Zeit aber mit dem an sich genommenen Korb verschwand. Neue Tauenzenstraße 70 1 Radwer. Matthiasstraße 30 1 Hahn und 7 Hähner.

Verloren wurde eine Granatenbüchse. Unglücksfall! Am 22. d. M. Nachmittags wurde auf der Ohlauer Straße eine Militär-Person von einer Drosche zu Boden gerissen und überfahren. Dieselbe erlitt hierbei mehrere nicht ganz unerhebliche Beschädigungen namentlich am Hinterkopf und im Gesicht.

schließt nach geringem Verkehr zu dem Course von Sonnabend. Etwas belterter verkehrten Amerikaner. Mäßiges Geschäft in russischen Anleihen, in älterer Prämien-Anleihe nur nach erneutem Coursdruck die neuere Emision und etwas höher; 5. Steiglitz-Anleihe heute abermals durch Angebote gebrückt. — Rumän. 65 Br.

Das Motiv der herrschenden Verstimmung ist fast ausschließlich in den schlechteren Wiener Courses zu suchen; die Börse führt dies auf die luxemburgische Frage zurück, und in der That wurde den Nachrichten, über die Auffassung dieser Frage seitens der preußischen Regierung, von der Börse viel Aufmerksamkeit gelehnt.

Die preuß. Staatspapiere waren ebenfalls matt, Staatschuldscheine ¼ gebrückt, auch Prioritäten matt. Banknoten leblos und matt. Ritterguts-Aktion mit 93 (wie schon am Sonnabend, wo irrtümlich 93 Br. notirt war) über; Disconto-Commandit-Antheile, Darmstädter und Luxemburger fest und teilweise ansehnlich höher.

Prämie für Amerikaner pr. April 78% —, pr. Mai 79 — 1 Br. (B. u. r. S. B.)

Berliner Börse vom 25. März 1867.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl. von 1859 141½ 100½ bz.

dito 1850 52,4 91½ 99 G.

dito 1853 4 91½ G.

dito 1854 4½ 100½ bz.

dito 1855 4½ 100½ bz.

dito 1856 4½ 100½ bz.

dito 1857 4½ 100½ bz.

dito 1859 4½ 100½ bz.

dito 1860 4½ 100½ bz.

dito 1864 4½ 100½ bz.

dito 1865 4½ 100½ bz.

dito 1866 4½ 100½ bz.

dito 1867 4½ 100½ bz.